



>>> Das „C“ ist für uns Programm
Christliches Menschenbild und
Soziale Marktwirtschaft

Vorwort



Christliches Menschenbild als Richtschnur für Wirtschaftsordnung

Der Mensch ist, wie es im Galaterbrief des Apostel Paulus in der Bibel heißt, zur Freiheit geboren. Paulus mahnt die Christen aber auch zur Mitmenschlichkeit. Die Lasten soll die Gemeinschaft wirklich gemeinsam schultern. Jeder zur Freiheit Geborene soll für den anderen eintreten.

Diese Gedanken können uns auch heute helfen, wenn wir über unsere Wirtschaftsordnung neu nachdenken. Die Wirtschafts- und Finanzkrise zwingt uns, den Blick zu weiten.

Die Bundesrepublik konnte nur so erfolgreich sein, weil sie in ihrer Wirtschaftsordnung einen Mittelweg beschritten hat und die Leitlinien des christlichen Menschenbilds aufnahm, das Paulus im Galaterbrief beschrieben hat. Die Soziale Marktwirtschaft ist die Absage an kapitalistische Marktradikalität und sozialistische Entmündigung. Beides nimmt den Menschen ihre Freiheit und läuft dem Gedanken wirklicher Gemeinschaft zuwider.

Unsere Aufgabe ist es nun, die Soziale Marktwirtschaft fortzuentwickeln. In unserem Land müssen wir vor allem jeden Menschen zur Freiheit befähigen. Das bedeutet, dass wir jedem Bürger – egal welcher Herkunft – eine wirkliche Chance geben müssen, sein Freiheitsrecht wahrzunehmen. Bildung ist dafür der Schlüssel.

Wir müssen aber auch dafür werben, dass sich die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft international durchsetzen. Denn gezügelte Märkte – gerade im Finanzbereich – sind die Voraussetzung für das Wohlergehen der Menschen in der neuen globalen Gemeinschaft.

Im Februar 2011 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf einem Kongress diese Fragen näher beleuchtet. Ich danke allen Teilnehmern dafür, dass sie ihre Beiträge für diese Broschüre aktualisiert haben. Die Überlegungen sind für unsere parlamentarische Tätigkeit äußerst wertvoll. Besonders hervorheben möchte ich die Kirchenbeauftragte der Fraktion, Maria Flachsbarth, die die „C“-Kongresse so hervorragend inhaltlich vorbereitet.

Volker Kauder



Volker Kauder MdB
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Inhaltsverzeichnis



Vorwort Volker Kauder	3
Das „C“ als Herausforderung – auch in der Sozialen Marktwirtschaft Dr. Maria Flachsbarth	5
Soziale Marktwirtschaft auf Basis des „C“ – Wurzeln und Reformbedarf Dr. Dr. Anton Losinger	9
Öffentliche Kirche und Soziale Marktwirtschaft Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm	19
Christliches Menschenbild im Zeitalter globaler Märkte Dr. Wolfgang Schäuble	23
Christliche Sozialethik – Impulsgeber für unsere heutige Sozialpolitik Ingrid Fischbach	27
Sozialstaat an seinen Grenzen? – Aufruf zur Eigenverantwortung Bartholomäus Kalb	31
Quo vadis Soziale Marktwirtschaft? – Fazit und Ausblick Peter Weiß	33

Das „C“ als Herausforderung – auch in der Sozialen Marktwirtschaft

>>> Dr. Maria Flachsbarth

Christliches Menschenbild ist Grundlage und Selbstverpflichtung

Das „C“ im Parteinamen zu tragen, ist eine Herausforderung, an der sich gerade die Politik unserer Fraktion messen lassen muss. Politik am christlichen Menschenbild auszurichten, kann nicht gelingen, wenn wir uns neben dem politischen Alltagsgeschäft nicht immer wieder auch unserer Grundlagen vergewissern. Die Veranstaltungsreihe „Das ‚C‘ ist für uns Programm“, die wir auf Initiative unseres Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder durchführen, bietet uns dafür Gelegenheit.

Die Grundsätze und ethischen Gewissheiten, auf die wir uns berufen, sind in einer religiös pluralen bzw. „religiös unmusikalischen“ Gesellschaft – um eine Formulierung von Jürgen Habermas aufzugreifen – für viele keine Selbstverständlichkeit mehr. Daher müssen vorpolitische Maßgaben unseres Zusammenlebens, die unserer Demokratie und auch dem Gestaltungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft zugrundeliegen, neu erklärt und für die Allgemeinheit verständlich gemacht werden.

Diese Reflexion kann nicht im Alleingang gelingen: Wir freuen uns daher besonders über die Impulse der Vertreter der beiden großen Kirchen in unserer Veranstaltungsreihe. Darüber hinaus unterstreicht jeder einzelne der Teilnehmenden durch sein aktives Mitdenken und Mitdiskutieren, wie richtig und notwendig es ist, die Frage nach dem „C“ kontinuierlich wach zu halten.

Das große Interesse, auf das die Frage nach der Bedeutung des christlichen Menschenbildes und der ethischen Grundsätze aus dem christlich-jüdischen Erbe in unserer Politik stößt, zeigt uns, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind. Für uns Christdemokraten und Christsoziale ist das „C“ im Parteinamen eine stete Selbstverpflichtung – das gilt auch und besonders mit Blick auf die Soziale Marktwirtschaft im nationalen Binnenraum wie auf globaler Ebene.



Dr. Maria Flachsbarth MdB
Beauftragte für Kirchen und
Religionsgemeinschaften der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Sittliche Grundsätze trotz angespannter Haushaltslage

In der politischen Entscheidungsfindung sind Kompromisse unumgänglich. Uns alle treibt die Frage um, wie wir dem Gemeinwohl angesichts der angespannten Haushaltslage gerecht werden können. Diese darf jedoch nicht zu einer Missachtung der sittlichen Grundsätze führen. So stellte schon 1949 einer der „Väter“ der Sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack, in seiner „Diagnose unserer Gegenwart“ fest: „Eine solche [Wirtschaftsordnung] kann nie aus dem Zweckdenken und überalterten politischen Ideen allein hervorgehen, sondern bedarf der tieferen Begründung durch sittliche Ideale, welche ihr erst die innere Berechtigung verleihen. Zwei großen sittlichen Zielen fühlen wir uns verpflichtet, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit.“

Wie kann eine verantwortungsvolle und nachhaltige Politik gestaltet werden, damit soziale Gerechtigkeit keine Worthülse bleibt? Wie können wir sicherstellen, dass politisches Handeln auch die Perspektive der kommenden Generationen in den Blick nimmt, ebenso wie die uns anvertraute Schöpfung mit ihren endlichen Ressourcen?

Balance zwischen Subsidiarität und Solidarität

Für die Soziale Marktwirtschaft gibt das Bild vom Menschen, der nach Gottes Ebenbild geschaffen und zur verantworteten Freiheit berufen ist, den Rahmen vor: Zu vertrauen auf die Fähigkeiten, die Talente und die Kreativität des einzelnen, heißt, seine Verantwortung und die Leistung der kleineren Gemeinschaften gemäß dem Prinzip der Subsidiarität zu stärken und freiheitliche Entfaltungsräume zu schaffen.

Gleichzeitig ist der Mensch als Sozialwesen in die Gemeinschaft mit anderen eingebunden. Er darf die Gewissheit haben, dass er in der Not auf ihre Solidarität zählen kann. Dabei gilt: Solidarität lässt sich nicht in Euro und Cent messen. Natürlich ist die Höhe der Beitrags- oder Leistungssätze für bestimmte Gruppen wichtig und die materielle Grundlage für die Teilhabe des einzelnen unentbehrlich. Aber ohne eine ernst gemeinte Mitmenschlichkeit und vielleicht – auch wenn der Begriff altmodisch klingt – Barmherzigkeit wird kein Zusammenleben in einer humanen Gesellschaft gelingen. Wie ist heute diese Balance zwischen Subsidiarität und Solidarität, zwischen ermutigendem und ermöglichendem

dem Fordern und der Gefahr des Überforderns, der paternalistischen Fürsorge und dem Alleingelassensein herzustellen? Seit über sechzig Jahren gibt uns die Soziale Marktwirtschaft quasi die praktische Antwort auf diese Fragen.

Ordnungspolitik auf internationaler Ebene

Die aktuelle Entwicklung scheint uns recht zu geben: Deutschland hat die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise gut bewältigt; die Wachstumsprognosen, Exportdaten und die Eckdaten des Arbeitsmarktes stimmen hoffnungsfroh. Unsere beherzten Rettungsmaßnahmen haben Erfolg gezeigt. Es ist nicht zuletzt dem schnellen und gleichzeitig besonnenen Handeln unserer Bundesregierung – so auch dem persönlichen Engagement von Bundesminister Wolfgang Schäuble – zu verdanken, dass Deutschland im internationalen Vergleich gut da steht. Aber wir haben schmerzlich gelernt, dass kurzfristige Maßnahmen für langfristige Stabilität nicht ausreichen, sondern dass ein Umdenken und die Verankerung ord-

Flachbarth sieht das „C“ als stete Selbstverpflichtung der Partei, ihre Politik daran auszurichten. Der Dialog mit den Kirchen ist dabei unerlässlich.



nungspolitischer Instrumente auf internationaler Ebene notwendig sind. Zudem hat die Krise mit ihren weitreichenden Folgen die Gesellschaft zutiefst verunsichert, hat die Fragilität unserer Systeme aufgezeigt, vermeintliche Gewissheiten des Wohlstandes und der Stabilität ins Wanken gebracht und Ängste hervorgerufen. Nach einer von der Bertelsmann-Stiftung Anfang 2010 in Auftrag gegebenen Allensbach-Umfrage hatten im Frühjahr 2000 noch 55 Prozent der Befragten eine gute Meinung von der Sozialen Marktwirtschaft, 2008 nur noch 31 Prozent, im Januar 2010 dann wieder 38 Prozent.

Dabei betreffen diese Zweifel nicht nur unsere Wirtschaftsordnung. Die Bürger zweifeln auch an der Leistungsfähigkeit unserer Demokratie und der Gestaltungsfähigkeit der Politik. Unsere Bemühungen dürfen sich daher nicht auf Mechanismen zur Krisenbewältigung und -verhinderung beschränken, sondern müssen auch an dem ansetzen, was unserer politischen, gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Ordnung zugrundeliegt.

Politik und Kirchen im Dialog

Wir stehen vor großen Herausforderungen: Die sozialen Sicherungssysteme, die im Lauf eines Jahrhunderts entstanden und dynamisch fortentwickelt wurden, sind unter anderen Voraussetzungen konzipiert worden. Wie können sie angesichts der Umbrüche in unserer Gesellschaft nachhaltig und tragfähig reformiert werden? Der demographische Wandel führt dazu, dass unsere Gesellschaft älter wird; Wolfgang Huber hat dies noch treffender als „Unterjüngung“ bezeichnet. Künftig werden immer weniger Erwerbstätige in die Sozialkassen einzahlen – sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zu einer wachsenden Zahl von Rentnern und pflegebedürftigen Menschen. Wie können und sollen wir darauf reagieren?

Weder die Politik, noch die Theologie und die Kirchen können auf diese Fragen einfache Antworten liefern. Gemeinsam können wir aber aus dem Schatz der biblischen Botschaft, der katholischen Soziallehre und der christlichen Sozialethik Denkanstöße und auch konstruktive Kritik schöpfen. Davon profitieren wir und sind zugleich auf diese Impulse angewiesen. Auch aus diesem Grund ist der Dialog mit den Kirchen für uns unverzichtbar.

Soziale Marktwirtschaft auf Basis des „C“ – Wurzeln und Reformbedarf

>>> Dr. Dr. Anton Losinger

Sozialethische Grundlagen

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ruht auf einem Menschenbild. Alfred Müller-Armack, einer der bedeutenden geistigen Gründerväter dieser Wirtschafts- und Sozialordnung brachte es auf den berühmten Nenner: Die Soziale Marktwirtschaft ist die Konzeption einer Wirtschaftsordnung, der es gelingt, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“. Es ist eine „irenische“ Idee, der ein sozialer Friedensgedanke zugrunde liegt. Es ist eine „neuartige Synthese von Sicherheit und Freiheit“ – so schreibt der große Ökonom bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der in Freiburg gedruckten „Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft“. Wirtschaft ohne Freiheit ist in diesem Konzept ebenso sinn- und menschenrechtswidrig wie soziale Marginalisierung.

Prinzipien einer Wirtschaftsordnungspolitik

Auf klassische Weise bringt Oswald von Nell-Breuning, der „Nestor“ der Katholischen Soziallehre, die Grundanforderung an die Soziale Marktwirtschaft auf den Punkt. In seinem Artikel „Soziale Marktwirtschaft“ im „Wörterbuch der Politik“, das bereits 1949 in erster Auflage in Freiburg gedruckt wurde, formuliert er das entscheidende Kriterium: „Soll die Marktwirtschaft wirklich mehr sein als ein bloßer Kampf ums Dasein, soll sie einer echten wirtschaftlichen Wettbewerbsordnung unterstellt werden, so führt dies mit Notwendigkeit über die (alt-)liberale Auffassung von Wirtschaft überhaupt und von Marktwirtschaft hinaus“ zum Konzept der „gesellschaftlich gebundenen oder sozialen Marktwirtschaft“. Wesentliches Element der marktwirtschaftlichen Ordnung ist eine Wettbewerbsordnung, die zwei entscheidende Ziele erreicht:



Dr. Dr. Anton Losinger
Weihbischof in Augsburg
und Mitglied des
Deutschen Ethikrates

einerseits „die schwierigste ihr gestellte Aufgabe meistert, die wirtschaftliche Macht in einen geordneten Wettbewerb einzubauen“, und der es andererseits gelingt, „den Wettbewerb unter Wirtschafts- und Marktbeteiligten, die mit ungleichen Startbedingungen in den Wettbewerb eintreten, so zu ordnen, dass er für alle Beteiligten sinnvoll und aussichtsreich ist“.

Wo liegen die Wurzeln dieser Ordnungsidee?

Vor aller ökonomischen Analyse ist es eine philosophische Perspektive, welche die Konstrukteure der Ordnungsidee der Sozialen Marktwirtschaft am Beginn des Wiederaufbaus der Bundesrepublik Deutschland bewegte. Es ging ihnen um die anthropologische und soziale Frage nach der richtigen Form und Gestaltung einer gerechten Gesellschaftsordnung. Fundament der Idee der Sozialen Marktwirtschaft ist darum vor aller Ökonomie eine Philosophie, ein Bild von Gesellschaft und Wirtschaft, das in signifikanten Punkten vom christlich-europäischen Menschenbild geprägt ist. Es ist wohl auch kultur- und geistesgeschichtlich kein Zufall, dass der ordnungspolitische Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft auf dem Boden des christlichen Abendlandes und seines Menschenbildes entstanden ist. Grundlagen dieses Menschenbildes sind personale Freiheit und Würde der Person einerseits und der Blick auf den Nächsten, auf das soziale Umfeld der Gesellschaft andererseits.

Freiheit und Solidarität, Eigenverantwortung und Gemeinwohlprinzip

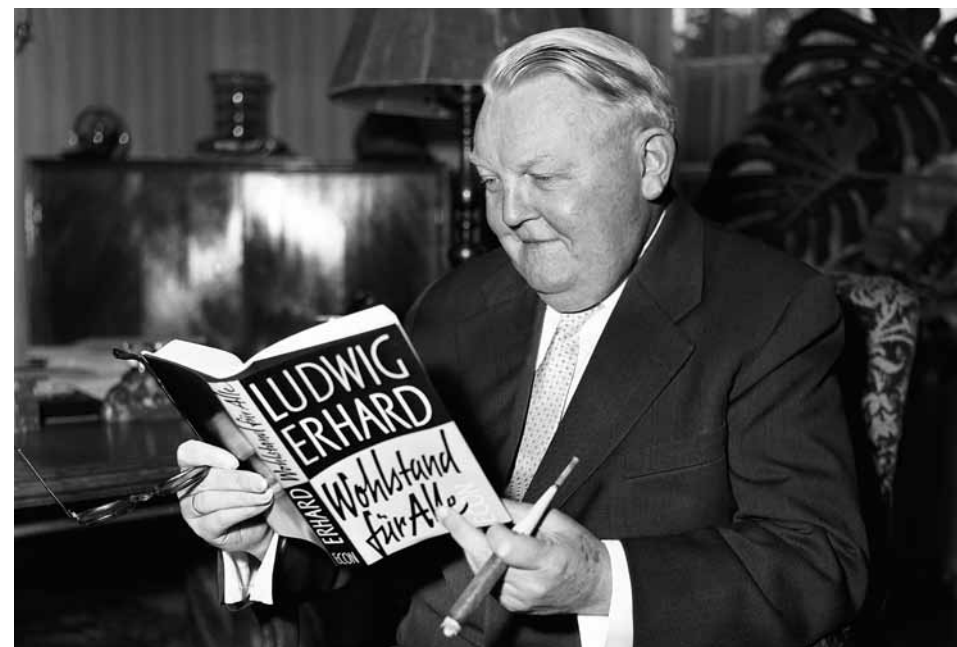
Das entspricht im Wesentlichen der Essenz des Grundgesetzes und der Grundrechteartikel unserer Verfassung, insbesondere von Artikel 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und dem „Sozialstaatsgebot“ in Artikel 20, und es bildet zugleich das ethische und ideelle Fundament des „C“ in der Politik. Ernst Wolfgang Böckenförde, der große Verfassungsrechtler, drückte dies mit seinem außergewöhnlichen Satz aus, der freiheitlich demokratische Staat lebe von Voraussetzungen, die er sich nicht selbst setzt und zu garantieren vermag. Mit den Worten des prominenten Ökonomen Wilhelm Röpke ist es die ideelle Realität der marktwirtschaftlichen Ordnung, die „jenseits von Angebot und Nachfrage“ gründet. Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung in

der Marktwirtschaft korrespondieren mit der gesellschaftlichen Solidarität und dem Gemeinwohlprinzip. Es sind zugleich die Klassiker der kirchlichen Soziallehre: die Sozialprinzipien der Personalität, der Solidarität und Subsidiarität, die gleichzeitig das Wertegerüst der Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft begründen.

„Wohlstand für alle“

Nach allen geschichtlichen Erfahrungen mit der sozialen Marktwirtschaft ist mit diesem deutschen Nachkriegsmodell eine einzigartige und erfolgreiche Wirtschaftsordnungspolitik begründet, die sich in doppelter Hinsicht bewährte: Erfolgreich einerseits, was das Kriterium ökonomischer Effizienz betrifft, wie sie vom Rationalprinzip geboten ist – Ludwig Erhards Vision vom „Wohlstand für alle“ wurde historische Realität. Erfolgreich aber auch und gerade im sozialstaatlichen Anspruch, wie er von der Sozialpolitik und der Sozialethik im Namen der Würde der

Ludwig Erhards Vision vom „Wohlstand für alle“ wurde historische Realität, erfolgreich auch im sozialstaatlichen Anspruch.



Person und des Gemeinwohls seit jeher erhoben wird. Nicht „Was kostet sozialer Ausgleich?“, sondern „Was ist sozialer Friede wert?“ müsste also die schlüssige Frage aus der geschichtlichen Erfahrung in Deutschland lauten.

„Bündnis der Starken mit den Schwächeren“

Bundeskanzlerin Angela Merkel akzentuierte jüngst diesen elementaren Zusammenhang auf dem deutschen Bildungsgipfel: „Ludwig Erhard, der Vater des deutschen Wirtschaftswunders, sah die Energie der Eigeninitiative und spürte die Kraft der Freiheit!“ Im gleichen Atemzug betont die Kanzlerin: „Soziale Marktwirtschaft ist aber niemals das Bündnis der Schwächeren gegen die Starken oder der Starken gegen die Schwächeren, wie es manche Diskussion uns weismachen will. Es ist immer das Bündnis der Starken mit den Schwächeren!“ Gerade dieser Zusammenhang von Freiheit und Solidarität in der Begründung der Sozialen Marktwirtschaft ist wesentlicher Bestandteil des christlichen Menschenbildes und elementarer Grundsatz der kirchlichen Soziallehre. Das macht Soziale Marktwirtschaft auf der Basis des „C“ stark, effizient und überzeugend.

Die sozialen Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft, die auf dem Begriff von Menschenwürde ruhen, spiegeln sich vor allem in der Begründung der Idee des „sozialen Netzes“ wieder. Es ist Artikel 1 des altherwürdigen Bundes-Sozialhilfegesetzes, der diesen Menschenwürdekontext klassisch formuliert: Inhärentes Ziel der Sozialpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft ist es, jedem Menschen in Notlagen „ein der Würde der menschlichen Person entsprechendes Leben“ zu ermöglichen. Nicht Kassenlage, sondern Menschenwürde ist Kriterium des Sozialstaates sozial-marktwirtschaftlicher Prägung. Insofern rückt bei der Begründung des sozialen Netzes ein Menschenbild in den Mittelpunkt, dessen Grundkomponente, die Würde der menschlichen Person, ein entscheidendes Fundament dieser Wirtschafts- und Sozialordnung in der Bundesrepublik Deutschland bildet.

Das „Soziale“ der Sozialen Marktwirtschaft ist kein Almosen, keine Zutat zum System des Marktes, sondern ein inneres Regulativ, das der Freiheit die Verantwortung gegenüberstellt und die Überforderung der Eigenverantwortung durch Gemeinwohlorientierung verhindert. Dies

erfordert natürlich auch nüchternen sozial-marktwirtschaftlichen Realismus: Der leistungsfähige Sozialstaat und seine Ausfinanzierung lebten von der Leistungsfähigkeit einer starken Volkswirtschaft, aber auch umgekehrt lebt eine leistungsfähige Volkswirtschaft von den ökonomischen Vorteilen, die sozialer Friede und gerechte Strukturen eines Gemeinwohls mit sich bringen.

Problemfelder und Reformbedarf

Nicht erst seit gestern gibt es Fragen und Kritik an diesem Sozialstaatsmodell. Unsere Gesellschaft steht ohne Frage vor bedeutenden sozialen, politischen und ökonomischen Herausforderungen. Eine Schuldenkrise auf festbleibend hohem Niveau – die gegenwärtige Finanzkrise mit blauem Auge überstanden zu haben, sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die grundlegenden strukturellen Probleme und Herausforderungen für die Bürger, die Unternehmen und den Arbeitsmarkt längst nicht behoben sind –, insbesondere die Perspektive ungesicherter langfristiger Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme gegen die Grundrisiken des Lebens, und der allenthalben spürbare Druck der Globalisierung, all das bereitet den Menschen berechnete Sorgen und weckt Zukunftsängste.

Das Soziale neu denken, damit das Neue sozial gedacht werden kann

Vor diesem Hintergrund lautet die spannende Frage heute: Ist die Soziale Marktwirtschaft in Zukunft wetterfest? Denn eines ist unbestritten: Der Sozialstaat muss erneuert werden, will man den sozialstaatlichen Gehalt unserer Wirtschaftsverfassung nachhaltig, auch für kommende Generationen sichern. Mit anderen Worten: „Das Soziale neu denken, damit das Neue sozial gedacht werden kann!“ Hartz IV ist in diesem Kontext eine Momentaufnahme. Die Sicherung der Struktur des Sozialstaates ist die Herausforderung auf lange Sicht.

Es sind vor allem die durch den demographischen Wandel unserer Gesellschaft ausgelösten Schiefenlagen, die das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland in der bisher gekannten Form nicht mehr zukunftsicher erscheinen lassen und langfristig angelegte Reformvorhaben notwendig machen. Dabei geht es nicht um plakative Einschnitte ins so-

ziale Netz oder um banale Kritik an den sozialen Sicherungssystemen als „soziale Hängematte“, sondern um eine langfristige Gerechtigkeitsfrage der Gesellschaft.

In der Systematik des Umlageverfahrens der sozialen Sicherungssysteme müssen auch künftige Generationen angesichts des demographischen Wandels eine realistische Chance zur eigenen sozialen Sicherung erkennen können. Insofern geht es bei dieser Zukunftsfrage um eine Überlebensfrage der Gesellschaft. Es bleibt die entscheidende Herausforderung einer Neubesinnung auf die grundlegenden Werte und Ziele des sozialen Zusammenlebens in einer Zeit des Wandels.

Wir brauchen soziale Strukturreformen, damit soziale Sicherung gegen die Grundrisiken des Lebens zukunftsfest gemacht werden kann. Wir müssen das Soziale neu denken, damit das Neue sozial gedacht werden kann.

Weites Feld aktueller Herausforderungen

Wenn man aktuelle Herausforderungen an Staat und Gesellschaft angesichts der Reformnotwendigkeiten im System der Sozialen Marktwirtschaft thematisieren wollte, müsste man heute ein weites Feld eröffnen. Man müsste eingehend diskutieren über:

1. marktwirtschaftliche Strukturprobleme der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Konkurrenzsituation der modernen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft,
2. die neue Querschnittsaufgabe und die neuen Herausforderungen der Familienpolitik,
3. eine solide Bildungspolitik am Übergang zur Wissensgesellschaft, insbesondere Qualifizierung und Bildung als Elemente einer aktivierenden Sozialpolitik,
4. die demographischen Fragen der Stabilisierung generationenübergreifender Systeme sozialer Sicherheit gegen die Grundrisiken des Lebens,
5. Forderungen einer nachhaltigen ökologischen Dimensionierung der Sozialen Marktwirtschaft,
6. und nicht zuletzt die umfassende Notwendigkeit einer strikten Ordnungspolitik in den globalen marktwirtschaftlichen Herausforderungen und Krisen des Finanzmarktes.

Doch auch dies muss klar sein. Wenn wir in der stetigen Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft stehen bleiben, riskieren wir das Ganze. Wenn wir nichts ändern, setzen wir den Sozialstaat aufs Spiel. Wenn nichts getan wird, werden gerade diejenigen die Leidtragenden sein, die der Unterstützung und auch des Schutzes am dringendsten bedürfen. Darum muss der Sozialstaat auch zukünftig „armuts- und zukunftsfest“ gemacht werden.

Neue soziale Frage im Zeitalter der globalen Wissensgesellschaft

Und man greift wohl auch nicht zu kurz, wenn man sogar das Heraufkommen einer „neuen sozialen Frage“ diagnostiziert, die sich nicht mehr – wie im 19. Jahrhundert – zwischen den klassischen Polen Arbeit und Kapital abspielt, sondern deren neue Dimensionen Wissen und Nichtwissen sind. Der Trend zur globalen Wissensgesellschaft ist

Losinger fordert beim C-Kongress: „Das Soziale neu denken, damit das Neue sozial gedacht werden kann“.



darum auch logischer Erklärungshintergrund für die Frage: Was wird aus der Ressource Mensch – dem wichtigsten Faktor der Marktwirtschaft, heute oft so wenig lyrisch „Humankapital“ genannt?

Auch das Stichwort Globalisierung ist eine omnipräsente kulturelle und soziale Realität. Globale Welt – das ist das neue Schlagwort und der neue Rahmen für das neue Bild der Arbeit in einer weltweiten Konkurrenzsituation. Es steht gleichermaßen für völlig neue Chancen, die sich auftun, aber auch für völlig neue Bedrohungen des „Faktors“ Arbeit im herkömmlichen Sinn. Überleben im globalen Wettbewerb wird zur zentralen Frage. „Das Tempo ist hoch, die Zahl der Teilnehmer am Spiel wird ständig und unaufhaltsam größer. Dem Trend der Globalisierung kann sich keiner entziehen“, so drückte es unlängst der Präsident der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, aus. Entscheidend ist, ob es gelingt, Globalisierung als Chance, nicht als Falle zu begreifen.

Zentrale Herausforderungen auf dem Weg in die Zukunft

Die entscheidende gestalterische Leistung, die unserer Generation und Gesellschaft angesichts der globalen sozialen und ökonomischen Herausforderungen in Zukunft abverlangt wird, umschreibt ein berühmtes geflügeltes Wort: „Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.“ Gestalterische Kreativität, nicht mentale Blockaden sind die „Zeichen der Zeit“ und unsere entscheidende Herausforderung.

Einige der wesentlichen Kriterien, um die es hier geht, haben die deutschen Bischöfe in ihrem letzten „Aufruf zur Bundestagswahl“ in knapper Form zusammengefasst:

1. Die Menschen wollen arbeiten. Sie wollen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Millionen Menschen in unserem Land arbeitslos sind. Zwar kann keine Politik versprechen, dass jedem ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt wird. Doch die Politik muss die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so gestalten und die Reformen des Steuersystems, des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme so nachhaltig betreiben, dass Arbeitsplätze erhalten werden und neue entstehen können. Allen muss eine Chance auf Beteiligung gegeben werden.

2. Die Menschen wollen auch in Zukunft soziale Sicherungssysteme, auf die sie sich verlassen können. Der Sozialstaat muss durch eine langfristig angelegte Politik erneuert und so gerade im Interesse derjenigen, die auf seine Hilfe angewiesen sind, gesichert werden. Der moderne Sozialstaat muss auch zukünftig die Solidarität mit den Schwachen gewährleisten und zugleich die Bereitschaft und Befähigung zu Eigenverantwortung und Eigeninitiative fördern und fördern.
3. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Zudem ist der absehbare und sich beschleunigende Rückgang unserer Bevölkerung ein zentrales Grundproblem unserer Zukunft. In Deutschland werden zu wenige Kinder geboren. Zuwanderung behebt das Problem nicht. Wir wissen dies schon lange, und doch wurden seit Jahrzehnten keine Konsequenzen gezogen. Die Politik darf darüber nicht weiter hinweggehen. Wir brauchen Mut zur Zukunft mit Kindern. Deutschland braucht eine Gesellschaft, die Freude an Kindern hat.
4. Es muss leider festgestellt werden: Wir leben auf Kosten kommender Generationen. Das betrifft den Umgang mit den natürlichen Ressourcen, aber auch die steigende Staatsverschuldung. Wir müssen so leben, dass wir die Menschen, die nach uns kommen, nicht übermäßig belasten. Die Politik muss bei all ihrem Handeln auch die im Blick haben, die sich heute noch kein Gehör verschaffen können. Dies erfordert die Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Bei allen Problemen, die sich unserem Land stellen, sollten wir allerdings dies nicht vergessen: Deutschland ist ein wohlhabendes Land, das für andere Verantwortung übernehmen kann und muss.

Konsequenzen für die Wirtschaftsordnung

Solche Wertentscheidungen, wie sie die Soziale Marktwirtschaft erfordert, kosten auch etwas. Die Reparatur der Schäden an Mensch, Gesellschaft und Natur, die ohne ein solches Wirtschaften jedoch entstehen, würden noch höhere Kosten verursachen. Die Sozialethik sieht immer den Menschen im Mittelpunkt des Wirtschaftsgeschehens. Sie weiß sich seiner Würde, Freiheit und sozialer Verantwortung verpflichtet.

Die Soziale Marktwirtschaft ist aus dieser Sicht nicht nur aus ökonomischen Gründen ein Erfolgsmodell. Sie ist dies vor allem wegen des Menschenbildes, das ihr zu Grunde liegt. In dessen Freilegung und Neu-

bestimmung liegt auch eine Zukunftschance für die Soziale Marktwirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die erfolgreichste Wirtschaftsordnung, die es je auf deutschem Boden gab. Sie ist internationales Vorbild und ein Exportschlager geworden. Sie wird an den neuen Herausforderungen Maß nehmen und uns – hoffentlich und Gott sei Dank – in die Zukunft begleiten.

Öffentliche Kirche und Soziale Marktwirtschaft

>>> Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Bedürfnis nach Orientierung in ethischen Grundfragen

Unsere pluralistische Gesellschaft sucht nach Orientierung. Wer heute die Zeitung aufschlägt, stößt auf zahlreiche Meldungen oder Kommentare, in denen eine solche Orientierung in Fragen von öffentlicher Bedeutung gefragt ist. Soll sich die Regierung am Militäreinsatz in Afghanistan beteiligen? Oder lässt sich ein solcher Einsatz nicht oder nicht mehr rechtfertigen? Darf der Staat die Präimplantationsdiagnostik zulassen oder ist damit eine Tendenz zur Selektion menschlichen Lebens verbunden, die die Menschenwürde verletzt? Wie können wir die Folgen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bewältigen? Wer wird für die Kosten zur Rechenschaft gezogen? Und halten die anvisierten Lösungen vor dem Maßstab der sozialen Gerechtigkeit stand?

Die Kirche als Kompass für die Gesellschaft

Wer sich fragt, von welchen Orten der Gesellschaft die notwendige Orientierung in diesen Fragen eigentlich kommen soll und wo die damit verbundenen Orientierungsfragen gründlich reflektiert werden, wird gar nicht so schnell fündig werden. In der Politik oder der Wirtschaft wird er auf ziemlich viel Hilflosigkeit im Umgang mit ethischen Fragen stoßen. Sie werden eher verdrängt. Bei den Philosophen wird man, wenn man lange genug sucht, einiges finden, was bei der Klärung ethischer Grundfragen hilft. Aber wer findet schon den Weg in die Universitäten oder vertieft sich in philosophische Literatur? Wer nach einer Institution sucht, bei der diese Fragen einen festen Ort in der Öffentlichkeit haben und bei der auch Antworten erwartet werden dürfen, der wird am Ende doch wieder auf die Kirchen stoßen. Sie haben in der modernen pluralistischen Gesellschaft ihr Deutungsmonopol verloren. Die Leute suchen sich ihre Weltanschauung heute aus vielen Quellen zusammen. Viele



Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm
Professor für Systematische Theologie, ab Nov. 2011
Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern

Menschen merken indes gerade in den öffentlichen Diskussionen um Fragen von ethischer Bedeutung, was sie an den Kirchen haben. Ihre öffentlichen Stellungnahmen können heute mehr denn je so etwas wie ein Kompass für die Gesellschaft sein. Dass sich die Kirchen in wirtschaftlichen und sozialen Fragen für soziale Gerechtigkeit einsetzen und dabei besonders für das Recht der Schwachen, die keine Stimme haben, ist für die Gesellschaft insgesamt von großer Bedeutung.

Soziale Gerechtigkeit einfordern

Die Armutsdenkschrift der EKD von 2006 „Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“ hat mit deutlichen Worten festgestellt, dass es dabei nicht um einen Nebenaspekt des christlichen Glaubens geht: „Die Hinnahme von unfreiwilliger Armut in der Gesellschaft stellt ein gesellschaftliches wie individuelles Versagen vor Gottes Anspruch und seinen Geboten dar. Unsere Gesellschaft verfügt über ein in der Geschichte der Menschheit noch nie da gewesenes Ausmaß an Ressourcen: Deswegen gibt es keine Entschuldigung, unzu-

Unsere pluralistische Gesellschaft sucht nach Orientierung in ethischen Grundfragen. Die Kirchen können dabei Kompass sein.



reichende Teilhabe und Armut nicht entschieden überwinden zu wollen. Eine Kirche, die auf das Einfordern von Gerechtigkeit verzichtet, deren Mitglieder keine Barmherzigkeit üben und die sich nicht mehr den Armen öffnet oder ihnen gar Teilhabemöglichkeiten verwehrt, ist – bei allem möglichen äußeren Erfolg und der Anerkennung in der Gesellschaft – nicht die Kirche Jesu Christi.“

Vorrang für die Armen

Noch drastischer stellt sich die damit verbundene Herausforderung dar, wenn wir der Tatsache ins Auge sehen, dass jeden Tag weltweit 25.000 Menschen an Nahrungsmangel oder medizinischer Unterversorgung sterben, obwohl genügend Ressourcen da wären, um das zu verhindern. Die Frage, die uns kommende Generationen stellen werden, die Frage, mit der wir dereinst vor dem Richterstuhl Gottes konfrontiert sein werden, lautet: Warum habt Ihr angesichts dieser im ganz wörtlichen Sinne himmelschreienden Ungerechtigkeit einfach zugesehen? Warum habt Ihr diese moralisch so offensichtlich vordringliche Frage nicht zu einer vergleichbar vordringlichen Frage in Eurem politischen Handeln gemacht? Niemand behauptet, die Gerechtigkeitsprobleme der Globalisierung ließen sich einfach mit der Verschiebung von Geldströmen lösen. Es geht um ungerechte Strukturen und Handelsinteressen. Aber genau dabei muss die Situation der Schwächsten von der Peripherie ins Zentrum rücken. Der Vorrang für die Armen – das hat sich als ökumenischer Konsens in den letzten Jahrzehnten weltweit herausgebildet – ist jedenfalls das zentrale Kriterium für ein Gerechtigkeitsverständnis, das sich auf die christliche Ethik berufen kann.

Bildung als Schlüssel zur Bekämpfung der Armut

Die EKD-Armutsdenkschrift hat im Hinblick auf die damit verbundenen Herausforderungen in unserer eigenen Gesellschaft auf die Schlüsselbedeutung der Bildung hingewiesen. Wer Armut überwinden will – so die Denkschrift –, muss bei der Bildung ansetzen: „Bildungspolitik muss auch und zwar weit mehr als bisher als Sozialpolitik verstanden werden – auch wenn man sich der Grenzen

jeder Prävention bewusst sein muss. Im Sinne einer langfristig vorausschauenden Vermeidung von Teilhaberrisiken für große Teile der Bevölkerung kommt der Bildungspolitik entscheidende Bedeutung zu.“ Theoretisch ist diese Herausforderung über die Parteigrenzen hinweg erkannt worden. Nun muss endlich jenseits von Sonntagsreden das Geld in die Hand genommen werden, um Kinder von der frühesten Kindheit an so zu fördern, dass sie ihre Talente und Fähigkeiten optimal entwickeln können. Die Gesellschaft muss bereit sein, das dazu notwendige Geld aus Steuermitteln aufzubringen. Die Bereitschaft dazu zu verweigern, wäre genauso unklug wie ethisch fragwürdig.

Kirche ist als öffentliche Kirche gefragt

Die Kirche darf sich sicher nicht als moralische Lehrmeisterin aufspielen, die von vornherein die besseren Lösungen anzubieten hat. Das darf sie umso weniger, weil sie mit ihren eigenen diakonischen Unternehmungen im Glashaus sitzt und dabei selbst erfährt, mit wie vielen Dilemmasituationen der Bereich der Wirtschaft verbunden ist. Ebenso klar ist aber auch: Die Kirche ist als öffentliche Kirche gefragt, wenn es um die ethischen Grundlagen einer Wirtschaft der Zukunft geht. Die Kirche ist als öffentliche Kirche gefragt, die soziale und ökologische Gesichtspunkte, wie sie sich aus dem christlichen Glauben ergeben, ins Zentrum stellt. Sie kann Anwältin der Schwachen bei fragwürdigen Betriebsverlagerungen sein. Sie kann Runde Tische sozialer Verantwortung mit Managern und Managerinnen sowie Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen vor Ort ins Leben rufen, um nach Strategien wirtschaftlicher Entwicklung in den Regionen zu suchen, die allen Menschen nutzen. Sie kann in den Gemeinden die wirtschaftliche Kompetenz von Gemeindegliedern für sich entdecken und ihren Rat nutzen. Und sie kann auch auf der Ebene von Dekanaten und Gemeinden „öffentliche Kirche“ sein und sich etwa für den Schutz des Sonntags vor zunehmender Kommerzialisierung einsetzen.

Niemand unterschätze die Orientierungskraft der christlichen Tradition in der modernen pluralistischen Gesellschaft. Mehr denn je hat die Kirche den Auftrag, Licht der Welt und Salz der Erde zu sein. Deswegen brauchen wir eine ebenso selbstkritische wie selbstbewusste öffentliche Kirche in der Zivilgesellschaft.

Christliches Menschenbild im Zeitalter globaler Märkte

>>> Dr. Wolfgang Schäuble

Globale Politik auf der Grundlage des „C“ – veraltet oder bewährt?

Es kann im Zeitalter der Globalisierung schnell so scheinen, als sei die Orientierung am christlichen Menschenbild hoffnungslos überholt. Wenn sie nicht überhaupt als veraltet angesehen wird, dann doch zumindest als ethnozentrisch. Es ist aber im 21. Jahrhundert notwendig, ökonomisch und politisch weltweit zu agieren und Lösungen für Probleme zu finden, die weder nur bei uns ihren Ursprung haben, noch allein von uns gelöst werden können. Das zwingt uns zur Zusammenarbeit mit Partnern, die mit dem christlichen Glauben nichts zu tun haben. Mit diesen können wir uns nur einigen, wenn wir gemeinsame Grundlagen der Verständigung finden. Politik im Zeitalter der Globalisierung müsste demnach danach streben, jenseits der Vielfalt und Diversität im Bereich religiösen Glaubens Fixpunkte auszumachen, die eine solche globale Verständigung ermöglichen – sei es im Bereich der internationalen Finanzmärkte oder in Fragen des Umweltschutzes.

Diese Herausforderung stellt sich keinesfalls allein als Folge der Globalisierung. Könnte das christliche Menschenbild nur dann politisch von Bedeutung sein, wenn alle Beteiligten sich über ihre christlichen Wurzeln einig wären, dann würde es uns auch in Deutschland nicht mehr viel nützen. Denn der christliche Glaube und ein auf diesem Glauben beruhendes Menschenbild sind auch bei uns längst nicht mehr unhinterfragter Konsens der gesamten Gesellschaft. Auch in Deutschland und generell in Europa ist das Christentum mittlerweile Teil einer pluralen Gesellschaft geworden. Zwar sind zahlreiche historische Traditionen christlich geprägt, aber deren Akzeptanz können wir nicht einfach voraussetzen.

National wie global ergibt sich deshalb dieselbe Schwierigkeit: Wie lassen sich politische, wirtschaftliche und soziale Überlegungen, die auf dem christlichen Menschenbild beruhen, in eine Konsensbildung



Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Bundesminister der Finanzen

einbringen, ohne dass alle Gesprächsteilnehmer von denselben Grundlagen ausgehen? Sagt man, das sei unmöglich, dann stehen wir auch in Deutschland als christliche Volkspartei vor schwierigen Rechtfertigungsproblemen.

Christliches Menschenbild – in Krisenzeiten aktueller denn je

Ich möchte dieser Logik jedoch in aller Form widersprechen. Die bleibende Bedeutung des ‚C‘ im Namen unserer Partei entscheidet sich national wie auch global nicht primär daran, wie viele Menschen sich in Deutschland und weltweit zum christlichen Glauben bekennen. Sondern die Relevanz unserer Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes ergibt sich daraus, dass dieses von bleibender Aktualität ist und sich gerade auch in zentralen Fragen der Gegenwart bewährt. Viele der Schwierigkeiten, vor denen wir zu Hause wie auch weltweit stehen, lassen sich auf seiner Grundlage wenn nicht gleich lösen, so doch besser verstehen und in Angriff nehmen. Gerade die jüngsten Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen bieten dafür viele Belege.

In diesen Krisen mussten die Finanzmärkte gestützt, Wirtschaft und Arbeitsmarkt stabilisiert und die Euro-Zone geschützt werden. Zu den dafür notwendigen Maßnahmen gehörten in Deutschland die Liquiditätssicherung bedrohter Banken, die Konjunkturpakete, um den Rückgang der privaten Nachfrage teilweise auszugleichen, sowie inzwischen die Einführung des Euro-Rettungsschirms zur Sicherung der Stabilität der Euro-Zone und der EU insgesamt.

Das sind wichtige, jedoch „nur“ technische Maßnahmen. Darüber hinaus fordert uns die Krise auf nachzudenken, welche grundlegenden Defizite unseres gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftssystems sich in ihr zeigen. Hier stoßen wir auf Probleme, die sich durch die genannten Maßnahmen nicht beseitigen lassen.

Die globalen Märkte brauchen Regeln und Grenzen

Die Marktwirtschaft beruht auf dem menschlichen Gewinnstreben. Das ist auch gut und richtig, denn sie nimmt den Menschen, wie er ist. Der Erfolg der Marktwirtschaft hat gerade darin seine Wurzel, dass sie keinen Idealmenschen voraussetzt. Ihr Realismus ist ihre Stärke. Aus

dieser Stärke wird aber eine Schwäche, wenn wir vergessen, dass der hemmungslos nach Gewinn strebende Mensch ein zutiefst ambivalentes Wesen ist, dessen grenzenloses Begehren für andere, für die Umwelt und letztlich auch für ihn selbst zu geradezu gefährlichen Konsequenzen führen kann. Deshalb muss die Bejahung der Marktwirtschaft einhergehen mit ihrer politischen Kontrolle und Begrenzung im Sinne sozialer – und ökologischer – Prinzipien. Der Markt braucht Regeln und Grenzen. Dies ist einer der Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft; und wenn wir heute über Fragen der internationalen Finanzordnung als Konsequenz der Krise sprechen, dann folgen auch unsere Überlegungen diesem Grundgedanken.

Dieser Grundgedanke beruht aber für uns letztlich auf dem christlichen Menschenbild, das den Menschen als ein zu Vernunft und Freiheit bestimmtes, aber auch als gefallenes Wesen begreift. Der Mensch als Geschöpf braucht Grenzen, aber er will diese Grenzen nicht anerkennen. Deshalb muss er immer wieder daran erinnert werden. Das tut die christliche Tradition durch die Rede von Gott und durch das Gebot der Nächstenliebe.

Die Rede von Gott und das Gebot der Nächstenliebe gehören zusammen, weil beide den Menschen darauf hinweisen, dass er nur dann

Im letzten Jahr einigten sich die G20 auf strengere Regeln für Banken. Denn die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die internationalen Märkte Regeln und Grenzen brauchen. Die Soziale Marktwirtschaft kann dafür Vorbild sein.



zu sich selbst findet, wenn er sowohl ein Anderes als auch Andere anerkennt, denen gegenüber er in seinem Wollen und Tun verantwortlich ist. Diese Einsicht ist nicht überholt. Sie ist auch nicht dadurch entwertet, dass bei uns und anderswo der christliche Glaube nicht von allen geteilt wird. Denn die Grundgedanken, um die es geht, lassen sich auch denen vermitteln, die nicht Christen sind. Gerade in diesem Bereich gibt es viele Übereinstimmungen zwischen den Religionen, und nach meiner Erfahrung akzeptieren auch Atheisten oft ganz ähnliche Prinzipien, die sie dann zum Beispiel mit der Stimme des Gewissens identifizieren.

Christliches Menschenbild ermutigt zum Perspektivwechsel

Aber selbst wenn man zugesteht, dass wichtige Elemente des christlichen Menschenbildes den Menschen in einem Land wie China möglicherweise fremd sind, dann sagt es uns immer noch etwas darüber, wie wir mit solchen Ländern umgehen sollen. Die Orientierung am christlichen Menschenbild lehrt uns, dass wir nicht immer nur an uns selbst denken sollen. Sie ermutigt uns, die Welt auch aus der Perspektive des anderen zu betrachten. Tun wir das, dann nehmen wir zum Beispiel wahr, dass die Wachstumspolitik Chinas mit massiven, internen Wohlstandsdifferenzen zu tun hat. Ein Land, in dem mehrere hundert Millionen Menschen unter den Bedingungen von Armut und Unterentwicklung leben, kann deren sozialen Fortschritt nur als eine politische und ökonomische Priorität betrachten. Indem man diese Tatsachen zur Kenntnis nimmt, werden zweifellos nicht alle Entscheidungen Chinas einfach ‚richtig‘, aber wir können mit ihnen anders, respektvoller umgehen. Gleichzeitig dürfen wir hoffen, auch unsererseits anders wahrgenommen und mehr respektiert zu werden, wenn wir uns ernsthaft bemühen, die Position und die Handlungszwänge eines so großen und sich so schnell entwickelnden Landes besser zu verstehen.

Wir leben in einer sich rasant verändernden Welt. Gerade das macht es wichtig, die moralischen Grundlagen unseres politischen Handelns nicht aus dem Blick zu verlieren. Das christliche Menschenbild mit seinen humanen Konsequenzen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik ist eine solche Grundlage. Gerade unter den Bedingungen globaler Märkte tun wir gut daran, an ihm festzuhalten und uns erneut darauf zu besinnen.

Christliche Sozialethik – Impulsgeber für unsere heutige Sozialpolitik

>>> Ingrid Fischbach

Christliche Sozialpolitik als Grundlage unserer Entscheidungen

In einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft werden christliche Begründungen für politische Auseinandersetzungen immer seltener. Christlich-soziale Politik vollzieht sich heute vor dem Hintergrund einer pluralen Gesellschaft, in der das Christentum zwar noch präsent, aber keine Selbstverständlichkeit mehr ist. In Zeiten, in denen Begriffe wie Haushaltskonsolidierung, sinkende Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum die Schlagzeilen dominieren, scheint christliche Sozialpolitik zunehmend begründungspflichtig, ja nahezu altmodisch zu werden.

Aber sie ist Grundlage all unserer Entscheidungen. Für mich persönlich ist es ein Glück, dass ich mich bei schwierigen Entscheidungen, die ich im Rahmen meines Mandates immer wieder fällen muss, auf ein festes Wertgefüge stützen kann, das mir Halt und Orientierung gibt. Das galt auch in der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise der letzten Jahre.

Positive Nachrichten vom Arbeitsmarkt

Und die Zahlen geben uns recht. Der Arbeitsmarkt spiegelt die gute Arbeit der Regierung unter unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder. Noch vor einem Jahr hat kaum jemand in Deutschland erwartet, dass wir so schnell und erfolgreich aus der Krise herauskommen. Wir werden mittlerweile im Ausland um das „German Jobwunder“ beneidet.

- Im Frühjahr konnten wir einen erneuten Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnen. Die Quote liegt nunmehr bei rund sieben Prozent, vor einem Jahr waren es immerhin noch achteinhalb Prozent. Aktuell sind drei Millionen Menschen arbeitslos, zwei Millionen weniger als unter Rot-Grün.
- Wir haben zurzeit das höchste Wachstum aller OECD-Länder. Es sind noch nie so viele Menschen in unserem Land sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen wie heute – über 28 Millionen.



Ingrid Fischbach **MdB**

Stellvertretende
Vorsitzende der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

- Mittlerweile wächst die deutsche Wirtschaft sogar so schnell wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer steigt. Mit einer Frauenerwerbsquote von 65 Prozent im OECD-Durchschnitt steht Deutschland gut da.
- Auch bei der Zahl der Langzeitarbeitslosen gibt es positive Nachrichten. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt eine Million Leistungsbezieher in Ausbildung und Arbeitsplätze vermittelt – die höchste Quote seit Einführung der Hartz-Reformen im Jahr 2005. Jeder zweite Vermittelte hat den neuen Job länger als sechs Monate behalten. Damit konnte die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit 2006 um 466.000 oder 37 Prozent auf 784.000 gesenkt werden.

Das alles sind sehr erfreuliche Daten. Sie dürfen uns allerdings nicht dazu verführen, bei politischen Entscheidungen das Christlich-Soziale aus dem Blickwinkel zu verlieren – ganz im Gegenteil. Die katholische Soziallehre mit ihrer Gemeinwohlorientierung und den Prinzipien der Personalität, der Solidarität und der Subsidiarität gibt uns ein bewährtes Instrumentarium für die Sozialpolitik an die Hand. Wir sind aus verschiedenen Gründen gezwungen, diesen Prinzipien neue Aufmerksamkeit zu schenken. Zum einen stehen wir vor der von mir skizzierten guten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Zum anderen ist die Reform unserer Sozialsysteme angesichts der demographischen Entwicklung unumgänglich.

Balance zwischen sozialer Gerechtigkeit und Haushaltskonsolidierung

Als Vertreterin des Arbeitnehmerflügels meiner Partei habe ich natürlich persönliche Grunderwartungen an politische Entscheidungen, die in meiner Fraktion getroffen werden. Aber bei allen Entscheidungen versuche ich, beide Seiten im Blick zu haben: sowohl die Arbeitnehmer-, als auch die Unternehmerseite. Was nützen mir die besten Rechte, wenn ich sie nirgends mehr einfordern kann? Deshalb ist es wichtig, eine angemessene und von allen nachvollziehbare Balance zu finden. Nicht die Kassenlage darf entscheiden, sondern der Mensch muss im Vordergrund stehen. Ja, ich unterstreiche das voll und ganz, denn wenn ich politische Entscheidungen fälle, muss ich diese auch finanzieren.

Deshalb glaube ich, dass wir über soziale Gerechtigkeit nachdenken müssen. Was bedeutet sie eigentlich? Wir wollen soziale Absicherung,

gerechte gesundheitliche Versorgung und Vorsorge, eine gerechte Absicherung im Alter und vieles mehr. Bedeutet aber soziale Gerechtigkeit nicht auch eine zukunftsfähige Haushaltslage? Müssen nicht auch unsere Kinder und Enkelkinder die Möglichkeit haben, politische Entscheidungen zu treffen und zu finanzieren? Soziale Gerechtigkeit ist für mich immer auch mit einer vernünftigen Haushaltskonsolidierung verbunden.

Politik muss Menschen zur Verantwortungsübernahme befähigen

Wir brauchen eine Politik, die Menschen zur Verantwortungsübernahme befähigt. Mir als Familien- und Frauenpolitikerin liegt besonders die Verantwortungsübernahme innerhalb der Familien am Herzen, die gegenseitige Verantwortung der Geschlechter, der Mütter und Väter, der Frauen und Männer sowie der Generationen.

Dem Gedanken der Subsidiarität folgend, können wir zwei Elemente ergänzen. Zum einen geht es darum, seitens des Staates die Familie als Einheit zu stärken, damit in ihr die Solidarität ihrer Mitglieder untereinander gelebt werden kann und damit die Familie ihre unersetzbaren Aufgaben weiter übernehmen kann, wie die Erziehung von Kindern, das Vermitteln von Vertrauen in den anderen und Grundwerte des sozialen Miteinanders oder – soweit das möglich ist – die Versorgung kranker oder pflegebedürftiger Familienangehöriger.

Damit kommen wir zum anderen Element: Jeder einzelne innerhalb des Familiengefüges muss dazu befähigt werden, nicht nur seine Aufgaben innerhalb der Familie, sondern auch seine Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben wahrnehmen zu können. Ich denke dabei beispielsweise an die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit der Mütter oder – eine ganz zentrale Querschnittsaufgabe unserer Politik – an die Chancengerechtigkeit für alle Kinder beim Zugang zu Bildung. Dazu gehört auch, dass familien- und sozialpolitische Maßnahmen Eltern bedarfsgerecht unterstützen, von der frühkindlichen Bildung bis hin zur schulischen und beruflichen Ausbildung ihrer Kinder.

Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen

Außerdem kann die Übernahme von Verantwortung in Familien meines Erachtens nicht erreicht werden, ohne dass wir ein Mindestmaß

an Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen schaffen. Dies betrifft einen angemessenen Ausgleich für Frauen, die wegen ihres Einsatzes für die Familie auf eine kontinuierliche Erwerbsbiographie verzichten und entsprechend weniger in die Rentenkasse eingezahlt haben.

Gerechtigkeit zwischen den Generationen und den Geschlechtern bedeutet auch, dass Lasten und Ressourcen gerecht verteilt werden. Was Generationengerechtigkeit nicht bedeutet, ist, dass die jüngeren und die älteren Mitglieder unserer Gesellschaft gegeneinander ausgespielt werden, wie es in Debatten um die Rentenanpassung oder auch um medizinische Leistungen bisweilen leider geschieht. Generationengerechtigkeit schaffen zu wollen bedeutet, sich für ein friedliches und unterstützendes Miteinander einzusetzen – eine Atmosphäre, in der generationenübergreifend füreinander Verantwortung übernommen werden kann.

Wie das im Konkreten aussehen kann und ausgestaltet werden muss, darüber werden wir in den nächsten Jahren sicher noch viel diskutieren. Die christliche Sozialethik kann dazu wichtige Impulse geben.

Die Aufgabe der Politik ist es, jeden Menschen – egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts oder Generation – zur Freiheit und Verantwortungsübernahme zu befähigen.



Sozialstaat an seinen Grenzen? – Aufruf zur Eigenverantwortung

>>> Bartholomäus Kalb

Gleichgewicht zwischen Gemeinwohl und Eigenverantwortung

Die Soziale Marktwirtschaft stellt aus wirtschaftsethischer Sicht das beste bislang bekannte Mittel zur Realisierung gesellschaftlicher Solidarität dar. Der Markt allein schafft weder Ethik noch Gerechtigkeit. Staatliche Eingriffe sind deshalb erlaubt, ja mitunter geboten. Ihre Richtschnur muss jedoch das Gemeinwohl sein, dem seinerseits die Menschenrechte übergeordnet sind. Jeder einzelne Teilnehmer am Wirtschaftsleben trägt persönlich eine Verantwortung, die zugleich immer auch das Gemeinwohl im Blick behalten muss. Erst die Gemeinwohlperspektive macht aus einer freien Marktwirtschaft eine soziale. Solidarität bedeutet hierbei das gegenseitige Füreinander Eintreten in einer Gemeinschaft und beschreibt einen gesellschaftlichen Zustand, in dem die Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen und dem Gemeinwesen gleichermaßen durch Eigenständigkeit und Verantwortung der Individuen sowie durch Anspruch und Verantwortung des Gemeinwesens gekennzeichnet sind. Dementsprechend gewinnt die Soziale Marktwirtschaft eine moralische Qualität, die grundsätzlich allen Mitgliedern der Gesellschaft Vorteile verschafft, aber gleichzeitig auch Regeln und Grenzen aufzeigt.

Finanzielle Hilfe bekämpft nur die Symptome, nicht die Ursachen

Doch die Gefahr der Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, dass durch immer mehr Sozialleistungen die Verantwortung der Bürger, der Gemeinschaft etwas zurückzugeben, auf der Strecke bleibt. Dass die Gesellschaft für den Einzelnen aufkommt, wird als „Selbstverständlichkeit“ gesehen; dass das Individuum auch für die Gesellschaft da ist, wird ignoriert. Finanzielle Hilfeleistungen alleine reichen nicht aus, um ein soziales und moralisches Bewusstsein des



Bartholomäus Kalb MdB
Vorsitzender des
Arbeitskreises Finanzen
und Haushalt der CSU-
Landesgruppe

Einzelnen für die Gemeinschaft zu schärfen. Geld alleine sagt auch nichts über die Qualität der sozialen Hilfeleistung aus. Würde man alles nur auf Geldleistungen beschränken, so würde man lediglich die Symptome bekämpfen, aber die Ursachen völlig außer Acht lassen.

Ziel des solidarischen Handelns darf es nicht sein, einen unbefriedigenden Zustand einfach nur auf Dauer erträglich zu machen. Vielmehr müssen wir daran arbeiten, dass unsere Kinder bessere Chancen bekommen. Hierbei kommt insbesondere der Familie als Lern- und Erziehungsort eine besondere Bedeutung zu. Denn bei aller finanziellen Zuwendung des Staates – der Staat kann keine Nestwärme geben.

Es geht nicht darum, Notlagen bequem auszugestalten

Zu unserem solidarischen und christlichen Menschenbild gehört eben auch, dass man sich nicht einfach mit Verhältnissen abfindet und davon ausgeht, dass sich die Probleme alleine durch mehr Geld aus der Welt schaffen lassen. Selbstverständlich sieht sich die deutsche Gemeinschaft in der Pflicht, im Falle von existenziellen Nöten für Abhilfe zu sorgen. Die Würde des Menschen ist im Grundgesetz durch Artikel 1 nicht nur als Absichtserklärung zu verstehen, sondern ist oberster Wert und unmittelbar geltendes Recht – sie zu schützen, ist „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Doch bei aller existenziellen Absicherung muss oberstes Ziel sein, den Menschen, die in Not geraten sind, eine Rückkehr in ihr eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinschaft, die Notlage möglichst bequem auszugestalten.

Eigeninitiative und Eigenverantwortung fördern

Es war schon das Ziel von Ludwig Erhard, eine leistungsfähige Wirtschaftsordnung zu schaffen, in der jeder die Möglichkeit hat zu arbeiten. Jede Schicht der Gesellschaft sollte durch Arbeit Wohlstand erreichen. Ludwig Erhard legte Wert darauf, dass die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung der Bürger gefördert werden.

Und wie schon der römische Philosoph und Dichter Lucius Annaeus Seneca sagte: „Die menschliche Gesellschaft gleicht einem Gewölbe, das zusammenstürzen müsste, wenn sich nicht die einzelnen Steine gegenseitig stützen würden.“

Quo vadis Soziale Marktwirtschaft? – Fazit und Ausblick

>>> Peter Weiß

Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen

In seiner Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ sprach sich Papst Pius XI. vor nunmehr 80 Jahren gegen die marxistische Ideologie und für eine sozialmarktwirtschaftliche Ordnung aus. Er betonte aber gleichzeitig: „Um segensbringend für die Menschheit zu sein, bedarf sie [die Wirtschaft] selbst kraftvoller Zügelung und weiser Lenkung; diese Zügelung und Lenkung kann sie sich aber nicht selbst geben. Höhere und edlere Kräfte müssen es sein, die die wirtschaftliche Macht in strenge und weise Zucht nehmen: die soziale Gerechtigkeit und die soziale Liebe!“

Der Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Das ‚C‘ ist für uns Programm – Christliches Menschenbild und Soziale Marktwirtschaft“ gab Gelegenheit, sich der Wurzeln und Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft zu vergewissern. Dabei wurde deutlich, wie sehr die Väter der Sozialen Marktwirtschaft ihre Vorstellungen bewusst aus tiefer christlicher Überzeugung formulierten. Die christliche Soziallehre, wie sie unter anderem in der Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ ausformuliert ist, trägt viel zum geistigen Fundament der Sozialen Marktwirtschaft bei.

Globalisierung und internationale Wirtschaftskrise

Kritisch wird heute die Frage gestellt, ob das Modell der Sozialen Marktwirtschaft in einer sich rasant verändernden und globalisierten Welt noch zeitgemäß ist. Denn schließlich konnte es die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise nicht verhindern, und auch das subjektive Gefühl der sozialen Ungerechtigkeit steigt in Deutschland. Andererseits zeigt sich, dass Deutschland besser als andere Industrienationen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen ist. Dies belegt, dass sich die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, und vor allem die praktizierte Sozialpartnerschaft, bewährt haben.



Peter Weiß **MdB**
Vorsitzender der
Arbeitnehmergruppe der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die jüngste Krise ist auch eher durch die Vernachlässigung, denn durch die Beachtung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verursacht worden. Der auf dem Markt agierende Mensch braucht Regeln, da er – theologisch gesprochen – zur Sünde veranlagt ist. Diese Regeln müssen offensichtlich neu justiert werden, ja im internationalem Rahmen erst neu geschaffen und durchgesetzt werden.

Soziale Marktwirtschaft international denken und verbreiten

Nicht egoistische Freiheit, sondern verantwortete Freiheit und somit soziale Verpflichtung ist Teil unserer Identität. Diese Verantwortlichkeit leitet sich von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen ab und hört nicht an der Ländergrenze auf. In Zeiten der Globalisierung haben wir mehr denn je die Möglichkeit und die Verpflichtung, in unserem Wirtschaftsleben den Menschen weltweit in den Blick zu nehmen. Das heißt, das System der Sozialen Marktwirtschaft bekannt zu machen und alle an den Errungenschaften teilhaben zu lassen. Aber es heißt auch, die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft nicht aufzugeben angesichts des Ringens im internationalen Wirtschaftsgeschehen.

Die Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen für Beschäftigung und sozialen Ausgleich zu schaffen. Dieses Thema muss auf der internationalen Agenda ganz oben stehen. Angela Merkel als deutsche Bundeskanzlerin hat dazu auf europäischer und internationaler Ebene ambitionierte Initiativen ergriffen und beispielsweise den Euro-Pakt für Wettbewerbsfähigkeit maßgeblich gestaltet.

Im Zentrum der Sozialen Marktwirtschaft steht die Frage, wie die Ordnung einer modernen Wirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft aussehen muss, die sowohl effizient im Wettbewerb ist, als auch jeden Einzelnen mit seinen Fähigkeiten und seiner Verantwortung zur Geltung verhilft und zudem das Gemeinwohl beachtet. Die Soziale Marktwirtschaft ist folglich nicht nur ein Wirtschafts-, sondern auch ein Gesellschaftsmodell. Dafür ist es notwendig, sich auf Werte und Prinzipien des christlichen Menschenbildes zu besinnen und diese zur Geltung zu bringen: Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Nachhaltigkeit. Mit diesen Prinzipien gilt es Wege zu finden, um „das Soziale neu denken, damit das Neue sozial gedacht werden kann“.

>>> CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Herausgeber:	Peter Altmaier MdB Stefan Müller MdB Parlamentarische Geschäftsführer
Kontakt:	Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit Platz der Republik 1, D-11011 Berlin Telefon 0 30/2 27-5 53 74 Telefax 0 30/2 27-5 01 46 pressestelle@cducsu.de www.cducsu.de
Gestaltung:	www.heimrich-hannot.de Juni 2011
Fotos:	S. 3 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Doppelgatz S. 5 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Frank Ossenbrink S. 7 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Markus Hammes S. 9 KNA Katholische Nachrichten-Agentur GmbH S. 11 Bundesregierung, Doris Adrian S. 15 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Markus Hammes S. 19 Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern S. 20 Open Doors S. 23 Bundesregierung, Laurence Chaperon S. 25 Bundesregierung, Steffen Kugler S. 27 CDU/CSU-Bundestagsfraktion S. 30 Bundesregierung, Bernd Kühler S. 31 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Giesen S. 33 CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

Bundestagsdrucksache: 17/3853 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>.

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: **Namensnennung:** Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Zitierhinweis: Autor, Funktion, Beitragstitel, aus: CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das „C“ ist für uns Programm. Christliches Menschenbild und Soziale Marktwirtschaft. **Keine kommerzielle Nutzung:** Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. **Keine Bearbeitung:** Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



>>> CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

**Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Telefon: 0 30/2 27-553 74
Telefax: 0 30/2 27-501 46
E-Mail: fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de**